

zahlen müssen. Das wäre eigentlich eine Bereicherung auf Kosten des Schuldners. Das wollen Sie sicher auch nicht. Sie kennen ja auch beide Seiten, Sie sind ja auch einmal Schuldner und einmal Gläubiger. Wir wollen sicher nicht so weit gehen, einen Strafschadenersatz einzuführen.

Es kommt noch etwas hinzu: Man hat sich von dieser Erhöhung des Verzugszinses erhofft, dass sie die Zahlungsmoral verbessert. Ich kann Ihnen einfach sagen, was wir aus der EU gehört haben, wo man solche Massnahmen getroffen hat: Es ist zumindest nicht nachweisbar, dass wegen dieser Massnahmen erheblich schneller bezahlt wird. Das ist einfach eine Tatsache.

Was mir noch wichtig scheint: Gemäss Artikel 104 OR können die Vertragspartner jederzeit einen höheren Zins vereinbaren – das ist dispositives Recht. Man ist also frei, im Geschäft miteinander zu sagen: Mir ist das besonders wichtig, ich möchte das vereinbaren.

Noch etwas zur öffentlichen Hand: Ich teile die Auffassung, dass die öffentliche Hand im Bezahlen der Rechnungen vorbildlich sein muss. Ich darf Ihnen sagen: Wir haben uns bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung erkundigt, und sie hat uns bestätigt, dass der Bund seinen Verpflichtungen rascher nachkommt, dass Massnahmen eingeleitet worden sind, die dazu geführt haben, dass der Bund heute seine Rechnungen rechtzeitig bezahlt. Ich glaube, vonseiten der Eidgenossenschaft haben wir die entsprechenden Massnahmen wirklich getroffen. Auch das ist ja Bestandteil dieser Motion, und es ist ein weiterer Grund dafür, dass man diese Motion abschreiben kann.

*Angenommen – Adopté*

12.082

## **StGB und MStG. Verlängerung der Verfolgungsverjährung CP et CPM. Allongement des délais de prescription**

*Erstrat – Premier Conseil*

Botschaft des Bundesrates 07.11.12 (BBl 2012 9253)  
Message du Conseil fédéral 07.11.12 (FF 2012 8533)

Ständerat/Conseil des Etats 14.03.13 (Erstrat – Premier Conseil)

**Janiak** Claude (S, BL), für die Kommission: Grosse Wirtschaftsstrafverfahren bewegen die Öffentlichkeit in unserem Land. Sie erinnern sich an die Fälle Swissair, UBS und andere. Die Wirtschaftskriminalität ist eine Realität über die Fälle hinaus, die medial für Aufmerksamkeit sorgen, und sie nimmt zu; die Wirtschaftsstraffälle, welche vor Gericht gebracht werden, nehmen zu. Die Gesamtschadenssumme sei in den letzten Jahren von 365 auf 520 Millionen Franken gestiegen, wurde der Kommission von Frau Bundesrätin Sommaruga beschieden. Diese Zahlen zeigen das enorme Schadenpotenzial der Wirtschaftskriminalität.

Die Praxis zeigt, dass Fälle von Wirtschaftskriminalität vielfach komplex und die Ermittlungen zeitraubend sind. Selbst kleinere Wirtschaftsstraffälle können Dutzende von Ordnern füllen. Oftmals verstreichen Jahre zwischen den Tathandlungen und deren Entdeckung und Anzeige. Nicht selten können Wirtschaftsdelikte wegen bereits eingetretener Verjährung gar nicht mehr verfolgt werden. Kollege Jositsch und der Sprechende haben deshalb in gleichlautenden Motionen eine Gesetzesvorlage verlangt, mit der für Wirtschaftsdelikte die Verjährungsfristen im Strafrecht verlängert werden.

Der Bundesrat setzt die angenommenen Motionen mit der vorliegenden Botschaft um. Er setzt sich zunächst mit der Frage auseinander, was unter dem Begriff des Wirtschaftsdelikts zu verstehen ist. Eine präzise Definition findet sich weder in der Lehre noch in der Praxis. Mit der Lehre kommt

der Bundesrat zum Schluss, dass es kaum möglich und auch nicht sinnvoll ist, eine solche Definition zu formulieren. Er verzichtet deshalb auf eine Verlängerung der Verjährung spezifisch für Wirtschaftsdelikte. Er begründet dies auch mit dem im Strafrecht geltenden Prinzip, wonach die Verjährungsfristen für möglichst alle Straftaten nach den gleichen Kriterien bestimmt werden sollen. Da steht die objektive Schwere der Tat im Vordergrund, welche sich in der gesetzlich angedrohten Höchststrafe widerspiegelt. So verjähren etwa Straftaten mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren grundsätzlich nach fünfzehn Jahren.

Diesem Prinzip entsprechend sollen die im Strafrecht allgemein geltenden Verjährungsfristen verlängert werden. Es soll aber in Umsetzung der Motionen nur diejenige Frist verlängert werden, die sich gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität als problematisch erwiesen hat. Es handelt sich dabei um die siebenjährige Verjährungsfrist für Vergehen; sie soll auf zehn Jahre erhöht werden, wenn die angedrohte Höchststrafe drei Jahre beträgt.

Der Entwurf des Bundesrates hat Auswirkungen auf zahlreiche Straftaten, also nicht nur auf die sogenannten Wirtschaftsdelikte. Allerdings wird nur für die schweren Vergehen eine längere Verjährungsfrist vorgesehen, eben für solche, die mit einer Höchststrafe von drei Jahren Freiheitsstrafe bedroht sind. Leichtere Vergehen, etwa solche, die mit einer Geldstrafe bedroht sind, sollen unverändert nach sieben Jahren verjähren. Die Verjährungsfrist wird somit in den erwähnten Fällen um drei Jahre verlängert. Die Strafverfolgungsbehörden haben somit gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität mehr Zeit zur Strafverfolgung.

Zu berücksichtigen ist auch, dass das Verjährungsrecht in den Jahren 2001 und 2002 grundsätzlich revidiert worden ist und den Behörden der Strafverfolgung schon heute faktisch mehr Zeit zum Ermitteln bzw. Urteilen zur Verfügung steht. Damit die Verjährung nicht mehr eintritt, braucht es nicht mehr ein rechtskräftiges, sondern nur noch ein erstinstanzliches Urteil.

Die Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und beantragt Ihnen, das Strafgesetzbuch und das Militärstrafgesetz entsprechend den Anträgen des Bundesrates zu ändern.

Zum Schluss erlaube ich mir noch eine persönliche Bemerkung: Es ist natürlich erfreulich für einen Parlamentarier, wenn eine vor vier Jahren eingereichte Motion bereits das Ende der Gesetzgebung erlebt.

**Sommaruga** Simonetta, Bundesrätin: Der Kommissionssprecher hat alles gesagt, was man zu diesem Geschäft sagen kann und muss. Ich danke der Kommission für die einstimmige Aufnahme unserer Vorschläge und danke auch dem damaligen Motionär für die wichtige Anregung. Es ist ein wichtiges Geschäft, und wir haben eine Lösung gefunden, die im Sinne von allen ist. Ich habe dem nichts weiter beizufügen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

## **Schweizerisches Strafgesetzbuch. Militärstrafgesetz (Verlängerung der Verfolgungsverjährung) Code pénal. Code pénal militaire (Allongement des délais de prescription)**

*Detaillberatung – Discussion par article*

### **Titel und Ingress, Ziff. I, II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### **Titre et préambule, ch. I, II**

*Proposition de la commission*

*Adhérer au projet du Conseil fédéral*

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes ... 28 Stimmen  
(Einstimmigkeit)  
(0 Enthaltungen)

*Abschreibung – Classement*

*Antrag des Bundesrates*  
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte  
*Proposition du Conseil fédéral*  
Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

12.425

**Parlamentarische Initiative  
RK-NR.  
Erhöhung der Zahl  
der Richterstellen  
am Bundesverwaltungsgericht  
Initiative parlementaire  
CAJ-CN.  
Augmentation du nombre  
de postes de juge  
au Tribunal administratif fédéral**

*Zweitrat – Deuxième Conseil*

Bericht RK-NR 01.11.12 (BBl 2012 9475)  
Rapport CAJ-CN 01.11.12 (FF 2012 8745)

Stellungnahme des Bundesrates 30.11.12 (BBl 2012 9487)  
Avis du Conseil fédéral 30.11.12 (FF 2012 8757)

Nationalrat/Conseil national 13.12.12 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.03.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

*Antrag der Mehrheit*  
Eintreten

*Antrag der Minderheit*  
(Engler, Abate, Bischof, Häberli-Koller, Minder, Schmid Martin)  
Nichteintreten

*Proposition de la majorité*  
Entrer en matière

*Proposition de la minorité*  
(Engler, Abate, Bischof, Häberli-Koller, Minder, Schmid Martin)  
Ne pas entrer en matière

**Il presidente** (Lombardi Filippo, presidente): Avete ricevuto un rapporto scritto della commissione.

**Seydoux-Christe** Anne (CE, JU), pour la commission: Le projet de modification de l'ordonnance sur les postes de juge au Tribunal administratif fédéral qui vous est soumis prévoit de porter de 65 à 68 au plus le nombre de postes de juge à plein temps auprès du Tribunal administratif fédéral.

Il s'agit ici avant tout d'accorder à ce tribunal, d'une part une plus grande marge de manoeuvre en ce qui concerne l'occupation des postes de juge et, d'autre part, de permettre une réaction plus rapide en cas de ressources en personnel insuffisantes.

Depuis 2005, l'ordonnance sur les postes de juge au Tribunal administratif fédéral a déjà été modifiée à plusieurs reprises. Or les modifications de cette ordonnance par le biais

d'initiatives parlementaires sont des procédures relativement lourdes et compliquées. En fixant un nombre maximal de postes de juge dans l'ordonnance, il serait plus facile d'adapter le nombre effectif de juges aux besoins du Tribunal administratif fédéral – qui est, il faut le rappeler, un tribunal de première instance – sans qu'il soit nécessaire de procéder à une révision de l'ordonnance pour chaque poste supplémentaire. Il s'agit également d'éviter que l'Assemblée fédérale soit une nouvelle fois contrainte d'agir dans l'urgence, comme cela a été le cas suite à la conclusion de l'accord d'entraide administrative relative à UBS.

Le 6 octobre 2011, le Tribunal administratif fédéral a écrit aux Commissions des affaires juridiques des deux conseils pour leur demander de réviser cette ordonnance et de porter le nombre de juges à 70 au lieu de 65. La Commission des affaires juridiques du Conseil national a décidé le 29 mars 2012 de déposer une initiative parlementaire visant à modifier ladite ordonnance, mais d'augmenter le nombre de juges de 3 postes au plus en le faisant passer à 68. Le 11 novembre 2012, la Commission des affaires juridiques du Conseil national a adopté le projet de modification qui vous est soumis par 15 voix contre 1.

Dans une lettre du 18 octobre 2012, le Tribunal administratif fédéral a fourni des explications supplémentaires. Il souhaiterait pouvoir réagir de manière dynamique aux variations dans sa charge de travail.

Il faut bien préciser et relever qu'il ne s'agit pas d'élire des juges à titre préventif, mais bien de pourvoir des postes en cas de besoins concrets, puis de les supprimer le cas échéant lorsque ces besoins ont disparu. Il appartiendra dans tous les cas à la Commission judiciaire d'examiner si une demande d'augmentation est justifiée. Il faut ici relever que le Tribunal administratif fédéral, contrairement au Tribunal fédéral, ne peut pas recourir à des juges suppléants en cas de surcharge de travail. Par ailleurs, la possibilité de transférer des juges d'une cour à l'autre reste limitée. Par exemple, un juge des Cours IV ou V qui traite depuis de très nombreuses années des recours en matière d'asile ne peut pas passer sans autre à une cour qui s'occupe de fiscalité et de libéralisation du marché de l'énergie.

S'agissant de ses besoins actuels concrets, le Tribunal administratif fédéral estime que la Cour III, qui s'occupe des domaines du droit des étrangers, de la santé et des assurances sociales, a besoin de deux postes de juge supplémentaires pendant une période de quatre à cinq ans. Cette cour est très chargée et n'a pas pu réduire les affaires en suspens, contrairement aux autres cours. Pour regarder ce qu'il en est exactement, je vous renvoie au rapport de gestion 2012 du Tribunal administratif fédéral. Ce tribunal s'attend à une forte augmentation du nombre de recours déposés devant la Cour III, notamment en raison d'une nouvelle réglementation des tarifs hospitaliers et des planifications hospitalières entrée en vigueur le 1er janvier 2012 et du réexamen prévu des rentes AI accordées en raison de troubles psychosomatiques sans cause objectivable dans un délai de trois ans à compter de l'entrée en vigueur de la révision 6a de la loi sur l'assurance-invalidité.

La Cour I, compétente en matière de droit des infrastructures, de droit financier et de droit du personnel, devrait également avoir besoin de postes supplémentaires à moyen terme, en raison de la révision du droit du personnel de la Confédération et de la libéralisation du marché de l'énergie qui, selon le Tribunal administratif fédéral, devraient entraîner une augmentation du nombre de recours déposés devant cette cour.

Le Tribunal fédéral, qui est l'autorité de surveillance du Tribunal administratif fédéral, a exprimé son scepticisme quant à cette demande de modification de l'ordonnance sur les postes de juge. Il a néanmoins reconnu que le nombre de cas en suspens et la durée des procédures au Tribunal administratif fédéral étaient encore et toujours trop élevés. Il estime que le fait de conférer une marge de manoeuvre plus grande au Tribunal administratif fédéral est en fin de compte une question d'ordre politique.